

Postwachstumsengagement: Bürgerschaftliches Engagement in den Zeiten der Krise

Gerd Placke

»Wenn selbst die Katholische Bischofskonferenz fordert: ›Das Soziale neu denken!‹, halte ich das für ver-räterisch. Man kann das Soziale im Sinne des Evangeliums eben nicht ‚neu denken‘, sondern muss das Neue sozial denken und human gestalten.« Heiner Geißler (2009)

Die »geistige Situation der Zeit« bringen derzeit aufgrund der »neuen Unübersichtlichkeit« nicht nur Philoso-phen wie ehemals Karl Jaspers oder heutzutage Jürgen Habermas zum Ausdruck, sondern in einem Spotlight bisweilen Heiner Geißler oder sogar Cartoons. Angeführt sei hier die bekannte Comic-Figur »Hägar der Schreck-liche«: der Wikinger Hägar baut mit seinem besten Freund Sven Glückspilz (der seinem Namen selbstredend keine Ehre macht) über eine Schlucht eine Brücke ohne Querstreben, Handlauf oder anderen Hilfskonstruk-tionen zur Verfestigung des Bauwerks, indem Sven – frei über der Tiefe agierend – mit schneller Geschwindigkeit eine Latte an die nächste hämmert. Hägar, neue Latten im Laufschrift auf die Brücke bringend, ruft dabei: »Ich weiß auch nicht, warum sie hält, hämmer weiter ...«.

Mit diesem Bild scheint die Latenz der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Krisenkonstellation auf den Punkt gebracht, denn wir können uns in Deutschland nicht sicher sein, ob die aktuelle Situation durch ei-nen vollendeten Brückenschlag gelöst werden kann, ob die Brücke dann stabil genug ist oder die Krise sich doch noch gänzlich zeigen wird. Jedenfalls droht uns eine Zukunft, die wir uns nicht ausgesucht haben werden und von der niemand ganz genau weiß, an welchem Punkt ihrer Entwicklung wir uns befinden. Wir wissen nicht genau, ob die Lage nicht schon viele Jahre vorher latent krisenhaft gewesen ist, ohne auch nur einen Hauch davon gespürt zu haben. Diesen Gedanken von Hans-Ulrich Gumbrecht teilend, könnte die »Zukunft weniger eine Folge von Wahlmöglichkeiten als vielmehr eine von Überlebensaufgaben« darstellen. Damit wäre sie we-niger gestaltbar, weil es sich unter Umständen um eine von konvergierenden Bedrohungen handeln könnte: Demographischer Wandel, Klimawandel, Finanzkrise etc. könnten Hand in Hand auf uns zukommen und wir heillos überfordert sein.

Mögliche Szenarien für das bürgerschaftliche Engagement in solchen Zeiten der dann nicht mehr latenten Krise in Europa geben gegenwärtig unfreiwillig südeuropäische Staaten wie Portugal, Zypern, Spanien oder insbesondere Griechenland ab. Wenn man den Hintergrundberichten deutscher Tageszeitungen vertrauen darf, dann ergeben sich folgende Phänomene, die bei allen gesellschaftlichen Unterschieden auch bei uns eintreten könnten, wenn die wiederkehrenden und lautstarken öffentlichen Selbstvergewisserungen, dass die Krise überwunden sei, Makulatur geworden sind.

Demnach muss man damit rechnen, dass viele staatliche Aufgaben, insbesondere in überlebenswichtigen Sektoren wie der Gesundheit und der Lebensmittelversorgung, durch Freiwilligeninitiativen längerfristiger übernommen werden. Tafeln, ärztliche sowie alle möglichen Notdienste auf der Basis unentgeltlichen Engagements, werden zu einem alltäglichen Bild in unseren Städten. Dieses Engagement wird dann vielfach aus der Arbeitslosigkeit heraus organisiert, so dass die heute viel diskutierten Grenzen zur Erwerbslosigkeit im Angesicht der Not neu gesetzt werden. Viele Einrichtungen der lokalen Bürgergesellschaft werden ohne Vorankündigung ersatzlos geschlossen. Engagement wird also weitgehend auf mehr oder minder spontane Selbsthilfe zurückgreifen. Bei Menschen, die im Beruf bleiben, wird die Bedrängnis dazu führen, bis weit in die freie Zeit hinein Dienste zu übernehmen, was auf längere Sicht zu individuellen Übermüdungen und gesundheitlichen Einschränkungen führen wird.

Abseits dieser nicht nur städtischen Phänomene könnte es zu Bevölkerungsbewegungen von den größeren Kommunen auf das Land kommen. Während die Protestwellen und die Solidarität in den urbanen Zentren zunehmen und Gewerkschaften (vorübergehend?) stärker werden, wird auf dem Land ein Phänomen unfrohliche Urstände feiern, das man mit etwas Naivität Subsistenz nennen könnte und das teilweise »klassisches« bürgerschaftliches Engagement ersetzen wird. Viele Menschen mit Familienwurzeln oder Freundeskreisen in Dörfern sowie Kleinstädten werden sich auf die natürlichen Ressourcen stürzen, dort Land erwerben und es gemeinschaftlich bewirtschaften. Andere werden wildern, Tiere des Waldes jagen beziehungsweise auf der Nord- und Ostsee, in Seen und Flüssen fischen, im Winter Holz sammeln und ähnliches mehr. Auf diese Weise könnte es zu einem sich verstärkenden Raubbau an natürlichen Ressourcen des lokalen Nahraums kommen. Erwachsene Kinder würden, sofern sie für sich im Ausland keine Zukunft sehen oder in den Städten keine berufliche Zukunft realisieren könnten, zu ihren Eltern zurückkehren, vorausgesetzt sie hätten es je geschafft, von zuhause unabhängig zu werden. Und schließlich könnte die Mitarbeit in der Landwirtschaft gegen geringere Entgelte sowie gegen Kost und Logis zunehmen. Insgesamt wird sich der Eindruck stark verfestigen, dass es die nachfolgende Generation einmal nicht besser haben wird. Die Menschen werden durch all dies stark verunsichert, in Bälde frustriert sein und nach relativ kurzer Zeit sowohl erschöpft als auch krank. Von der EU und von der Politik der

etablierten Parteien werden sich die meisten Menschen verspottet und verraten fühlen – mit unwägbareren Konsequenzen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die aktuelle politische Situation.

Ist dies für die Bundesrepublik ein irreales Szenario? Man sollte es hoffen. Doch sicher ist wie gesagt nichts mehr. Deswegen ist es an der Zeit, sich neue Fragen zu stellen, beispielsweise wie es um das bürgerschaftliche Engagement und den Diskurs zum freiwilligen Engagement in einer Gesellschaft in der latenten Krise bestellt ist? Wie können wir uns im Angesicht möglicher grundsätzlicher Veränderungen in unserer Gesellschaft sinnvoll bürgerschaftlich einbringen, wenn wir das sprichwörtlich gewordene »Ende des Wachstums« erreicht haben sollten oder darauf in einer Art Moratorium auf Jahre verzichten müssten? Was ist der Maßstab gelingenden bürgerschaftlichen Engagements, wenn der Grenznutzen des Wachstums steigt oder nicht länger zu mehr Lebensqualität führt? Und: Wie können wir unter diesen Voraussetzungen des Mangels ein kulturelles Klima sowie Rahmenbedingungen schaffen, die freiwillige assoziative Kooperationen ermöglichen um gute Bedingungen für zivilgesellschaftlichen Fortschritt zu schaffen, der möglicherweise entkoppelt ist von Wachstum?

Inspiziert vom Paradigma einer »Postwachstumsökonomie« (Niko Paech u.a.) und angefacht durch die nicht enden wollende Wirtschafts- und Finanzkrise mit der Drohung, dass alles Geld »entschwinden« könnte, lautet meines Erachtens die gebotene Fragestellung, welche Stellung der Transfer von Geld im gesamten philanthropischen und bürgerschaftlichen Sektor gegenüber der Initiierung von nichtmonetärer Zusammenarbeit innerhalb Gemeinwohl orientierter Projekte hat? Pointiert formuliert geht es dabei um folgende Überzeugung: Geld ist eine notwendige, aber bei weitem keine hinreichende Bedingung philanthropischen und bürgerschaftlichen Handelns. Geldspenden und Sponsoring werden in unserer Gesellschaft seit jeher als Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Themen überschätzt, während die Möglichkeiten der Zusammenarbeit über Arbeitskraft und -zeit, der Mitarbeit von Freiwilligen, Kompetenz, Zugängen zu Netzwerken, Materialien, Sachleistungen, Kreativität und anderes mehr chronisch unterbewertet werden. Dies macht sich unter anderem daran fest, dass sich in der Debatte um bürgerschaftliches Engagement ein beständiger Skeptizismus gegenüber den Möglichkeiten freiwilligen Engagements manifestiert (»Ehrenamt braucht Hauptamt«) und sich doch immer wieder Fachleute darauf kaprizieren, feinsinnigere Fundraisinginstrumente zu entwickeln, obwohl der Spendenmarkt seit Jahren stagniert und erwiesen ist, dass allenfalls 20 % der gemeinnützigen Organisationen »Fundraising fähig« sind. Diese endlose Spirale zeigt sich letztlich auch in der englischen Debatte um »Big Society«, deren Nützlichkeit einzig und allein darin bestehen könnte, dass sie in England geführt wird, während viele hier denken, es könne irgendwie – siehe Hägar der Schreckliche – so weitergehen wie bisher.

Wir müssen das, was wir bislang in monetären Kategorien gedacht haben, in Reflexionen über nichtmonetäre Vermögensanlagen transformieren, in Reflexionen über Know-how-Transfer und über gutes (kooperatives)

Projektmanagement, kurz: in eine nichtmonetär verstandene Wirkungsorientierung im Blick auf inhaltliche Zusammenarbeit. Das ist das Zeichen der Zeit, und das nicht nur deshalb, weil uns die Gegenwart damit bedroht, dass in Bälde überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung stehen könnte. Aus sich selbst heraus hat Geld für den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine nur sekundäre Rolle. Man kann dies wahrlich unpathetischer ausdrücken als der Emeritus-Papst Benedikt XVI.; nichtsdestoweniger liegen »den Motiven und den Wegen« bürgerschaftlichen Engagements letztlich »jene tiefe Gemeinsamkeiten zugrunde«, die dem »Umsonst« und der »Liebe« entspringen.

Damit ist nicht in Abrede gestellt, dass die Finanzierung von gemeinnützigen Projekten kein Bestandteil eines genuinen philanthropischen Verständnisses wäre. Nur: die fatalen Folgen der unbedingten Priorisierung geldlichen Engagements kann man bereits am Beispiel der unternehmerischen Verantwortungsübernahme in Projekten mit dem gemeinnützigen Sektor verdeutlichen. Schon bei den ersten gut gemeinten Schritten aufeinander zu sind beide Seiten gegenwärtig stark auf das Geldliche fixiert und agieren dabei komplementär.

Auf Seiten der Unternehmen zeigt sich dies darin, dass sie sich vorwiegend und kompensatorisch mit Geld engagieren. Ebenso die gemeinnützigen Organisationen: Sie versteifen sich aus Mangel an Ressourcen häufig auf den Transfer von Spendenzahlungen. Neben allen anderen Hindernissen – beispielsweise auf beiden Seiten die Schwierigkeit, Qualität im jeweils anderen Bereich einschätzen zu können und Kriterien zu entwickeln, mit wem es opportun sein könnte zusammenzuarbeiten – verstellt Geld den Blick auf das Wesentliche. Beide Seiten scheinen zu stark auf Kriterien des Sponsorings fixiert zu sein – auf »Marken« wie auf »Größe« –, während es mehr darauf ankäme, zuvorderst danach zu suchen, mit wem man tatsächlich effizient und effektiv Problemlösungsbeiträge liefern kann.

Darüber hinaus erschwert diese Form des Austauschs – frei nach dem Motto: »Wer bezahlt, der bestimmt!« – den paritätischen Dialog und gebiert häufig »Transfer-Einbahnstraßen« (Egon Endres). Während die Dominanz von Geldüberweisungen Menschen und Organisationen des gemeinnützigen Sektors zu »Objekten« machen kann, involviert (gleichberechtigte) Zusammenarbeit die Hervorhebung der Möglichkeiten, die in den Subjekten verankert sind. Mit anderen Worten: nichtmonetäre Zusammenarbeit in Projekten könnte einen Wandel von der Objekt- zur Subjektorientierung beinhalten. Es geht um Koproduktion, um die Bildung von Sozialvermögen. Wir müssen mehr in Vertrauen und Reziprozität investieren. Oder, um einen Spruch von Mohammad Yunus zu modifizieren: »Charity ist endlich, Zusammenarbeit unendlich.« (Wörtlich sagte er: »Charity ist endlich, business ist unendlich«; warum der Begriff »business« eine zwiespältige Komponente für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist, kann hier nicht erörtert werden.)

In solcher Weise kann eine Geldspende im schlechten Falle für beide Seiten passiv bleiben, während kooperative Zusammenarbeit in aller Regel aktiv ist und weit mehr mit Selbstveränderungsfähigkeit zu tun hat, die wir möglicherweise mehr denn je benötigen.

Allerdings benötigen wir auch ganz unabhängig von der Krise in unserer Gesellschaft quantitativ und qualitativ mehr Kooperationen. Wenn die Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zuvorderst in eine nichtmonetäre »Leitwährung« investieren, in Zeit, Know-how, in gutes Projektmanagement und in das Zusammenlegen von Ressourcen, dann könnten sie die sozialräumlichen Verwirklichungsmöglichkeiten von Organisationen verbessern und einen Paradigmenwechsel herbeiführen: Denn sie übersetzen damit die klassische Form einer »Verpflichtung« zum Sozialen in eine andere Form der Vermögensanlage mittels des Transfers von Wissen, von Ressourcen sowie des freiwilligen Engagements. Dies vermag die »Quantität des Geldes als seine Qualität« (Georg Simmel) so nicht, weil Geld letztlich inhaltsleer und dem Gemeinwohlinteresse – der Herstellung von mehr gesellschaftlicher Gleichheit und Solidarität – weniger adäquat ist. Oder, um es ganz knapp auszudrücken: Die Verhältnisse sind unwiderruflich zu komplex geworden, als dass sie durch den schlichten Einsatz von Geld gelöst werden können.

Es bleibt richtig: Gemeinwohlorientiert Geld zu spenden ist ein Ausdruck unserer arbeitsteiligen Gesellschaft. Diejenigen, die keine Zeit haben sich zu engagieren, können über das Instrument des Geldes den Mangel an Zeit kompensieren und Gutes bewirken. Müssen wir aber nicht erkennen, dass solche Formen der Arbeitsteilung nicht unbedingt den gesellschaftlichen Zusammenhalt befördern und auch die Krise mit hervorgerufen haben? Um mehr Transparenz in Organisationen, gleich welcher Provenienz, zu erreichen, benötigen wir in unserer Gesellschaft letztlich mehr Beteiligung und Partizipation ohne Scheck sowie mehr Verschränkungen zwischen den gesellschaftlichen Sektoren. Zusammenarbeit könnte ein effektiver Wirkmechanismus gegen die Krise sein, denn dort, wo sich Menschen einbringen, müssen Organisationen Türen öffnen und (geduldig) erklären, warum sie etwas machen.

Diese Hypothesen werden durch die Überzeugung gerahmt, dass wir durch das Wachstumsparadigma und die gängigen Effizienz-Denkmuster im Sinne einer »Vermarktlichung« und Ökonomisierung des NPO-Bereichs die Probleme, denen wir uns stellen müssen, letztlich nur partiell lösen können. Insgesamt müssen wir bescheidener, aber eben auch mutiger werden, einige der gängigen Vorstellungen zu revidieren und diese revidierte Sicht in eine mit Risiken versehene Praxis umzusetzen. So können wir davon ausgehen, dass entgegen den Aussagen seiner Apologeten »Social Entrepreneurship« und »Social Business« aus vielerlei Gründen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, Randphänomene im deutschen Sprachgebiet bleiben werden.

Vielmehr werden die Fähigkeit und die Bereitschaft zu Kooperationen in den bestehenden Organisations- und Projektstrukturen zu einer großen Herausforderung. Selbst wenn es im Dritten Sektor an unternehmerischem Geist sowie an zukunftsweisenden Ideen mangeln sollte, weit größer ist im Angesicht der Notwendigkeit zur Vernetzung die dortige Unfähigkeit zur »Kontroverse«. Der Soziologe Dirk Baecker hat dieser These das Postulat eines »Managements der Kontroverse« als Kernbestandteil für die Erlangung von Zukunftsfähigkeit entgegengesetzt. Sich diese Bereitschaft für den deutschen Sozialsektor vorzustellen, fällt tatsächlich schwer, herrscht hier doch eher Selbstherrlichkeit in der Führung und die Unfähigkeit zu teilen vor, weil der Sozialsektor vielfach nicht mit den bei Kooperationen auftretenden Ambivalenzen, Komplexitäten und Volatilitäten umzugehen versteht.

Diese hier beschriebene Notwendigkeit zu mehr Kooperation wird gegenwärtig durch die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zugespitzt. Die sich abzeichnende und weiter zunehmende Ressourcenknappheit in den allermeisten Bereichen, in denen unter Zuhilfenahme bürgerschaftlichen Engagements Leistungen erbracht werden, könnte seinen Charakter in absehbarer Zeit verändern. Ins Zentrum der Diskussion um die Verwaltung des Mangels wird dann mehr und mehr ein Begriff von Engagement rücken, der die inhaltliche und solidarische Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürger und die Effektivierung von Projektmanagement hervorheben wird, zu Ungunsten der gegenwärtigen Fixierung von Seiten der allermeisten gesellschaftlichen Akteure auf die geldliche Ermöglichung von Projekten. Es bestünde – und dies sei mit aller Vorsicht vorgetragen – dann bei einer eingehenden Debatte die Chance festzustellen, dass wir in einem uns nicht bewussten Überfluss im bürgerschaftlichen Engagement gelebt und die Ressourcen in der Vergangenheit »einfach« nur falsch allokiert haben. Benötigen wir im Angesicht der Krise eine Konversion?

Wir müssen uns mit aller Gewissheit darauf einstellen, dass wir langjährige freiwillige Initiativen ohne Übergänge zu bezahlten Strukturen haben werden. Und man muss dieser Vorstellung hinterher rufen: Ja, und warum eigentlich auch nicht? Denn freiwilliges Engagement vermag – sofern man dies als eine mit professionellem Sinn vollzogene Managementaufgabe betrachtet – weit mehr als die meisten hierzulande denken. Mit einem zugegeben sarkastischen Grundton kann man sich zum Beispiel vorstellen, dass ehrenamtliche Bankenaufseher die gegenwärtige Krise ggf. besser hätten verhindern können als die bezahlten Aufsichtsräte, die in den gleichen Booten wie die Menschen der Banken-Chefetagen saßen. Das sagt weit mehr über die mangelnde Qualifikation der bezahlten Kräfte aus als über die im öffentlichen Diskurs disqualifizierten Laien. Oder wie wäre es, der Vorstellung des Nürnberger Engagementexperten Thomas Röbbke zu folgen, dass ehrenamtlich aktive Steuerfahnder einen guten Job machen könnten, so wie ehrenamtliche Schöffen einen guten Job machen.

Alles in allem ist es wohlmöglich ein optimistisches Szenario, wenn wir uns mit dem Gedanken anfreunden, auf längere Zeit hin mit den gleichen Ressourcen auf die wachsende Anzahl von gesellschaftlichen Herausforderungen reagieren zu müssen. Alles Pessimistischere wird den Druck auf das bürgerschaftliche Engagement erhöhen, Lösungsbeiträge zu gesellschaftlichen Themen zu liefern sowie die Akteure politisieren. Darauf sollten wir uns einstellen, darauf können wir uns nur leichtfertig freuen, da es, wie oben anhand des Südens Europas beschrieben, mit Unwägbarkeiten versehen ist.

Allerdings sind diese Szenarien nur dann zu meistern, wenn wir schon heute über Rahmenbedingungen diskutieren, die pessimistischere Zukunftsaussichten mit in Betracht ziehen und ggf. in politischen Maßnahmen berücksichtigen. Dies ist gegenwärtig aber ganz und gar nicht der Fall. Es gibt keine Debatte darüber, was das sprichwörtlich gewordene »Ende des Wachstums« für das bürgerschaftliche Engagement bedeuten könnte. Dies mit dem Begriff »Postwachstumsengagement« zu fassen, ist zu einem kleineren Teil ein Griff in die aufmerksamkeitsheischende Trickkiste (reingefallen?), zum größeren Teil der Überzeugung geschuldet, dass »Wachstum« im Diskurs zum bürgerschaftlichen Engagement implizit sowie explizit dominant ist.

Von Thomas Rübke stammt die überzeugende Herleitung, dass das bürgerschaftliche Engagement historisch gesehen stets eine Antwort auf gesellschaftliche Krisen und auf die gesellschaftspolitische Unfähigkeit zum Wandel in wohlfahrtlichen Angelegenheiten gewesen ist. Vor diesem Hintergrund scheint mir klar: Weitermachen wie Hägar der Schreckliche und Sven Glückspilz geht gar nicht. Es ist an der Zeit das bürgerschaftliche Engagement von der Krise her zu denken, um das Neue sozial und human zu gestalten und das zu erhalten, »was man für Geld nicht kaufen kann« (Michael Sandel).

Autor

Dr. Gerd Placke, Senior Projektmanager im Projekt »Corporate Social Responsibility« der Bertelsmann Stiftung. Über 10 Jahre Berufserfahrung in Non-Profit-Organisationen als Erwachsenenpädagoge, Projektmanager und Geschäftsführer. Diverse Artikel und Veröffentlichungen zu den Themengebieten Corporate Citizenship und Bürgerschaftliches Engagement.

Kontakt:

Dr. Gerd Placke
Senior Project Manager
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256

33311 Gütersloh

gerd.placke@bertelsmann-stiftung.de

Redaktion

Stiftung MITARBEIT

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de